
BIW - Aktuell

Ausgabe 11 / 2004

Ein Service der BÜRGER IN WUT <http://www.buerger-in-wut.de>

Zahlmeister Deutschland ...

... titelte kürzlich das Unternehmersmagazin „Impulse“ und listete die gigantischen Kosten der rot-grünen Außenpolitik auf. Satte 16,3 Milliarden Euro läßt sich das Auswärtige Amt unter Joschka Fischer das deutsche Engagement im Ausland alleine in diesem Jahr kosten. Grund genug für die BIW, sich mit dem Thema einmal näher zu beschäftigen. Aber Vorsicht: Wer sich nicht ärgern möchte, der sollte gar nicht erst weiterlesen, denn wir nennen knallharte Zahlen und Fakten, die zumindest uns wütend machen:

Der größte Teil der deutschen Auslandszahlungen fließt bekanntlich nach Brüssel zur Finanzierung des EU-Haushaltes. Insgesamt wird Deutschland in diesem Jahr 22 Milliarden Euro überweisen, von denen nur 12 Milliarden im Rahmen von Förderprojekten wieder an uns zurückfließen. Mit diesem Beitrag finanziert Deutschland 23 Prozent des gesamten Budgets der Europäischen Union! Doch damit nicht genug: Denn obwohl die Bundesrepublik bereits seit Jahren der größte Nettozahler der EU ist, wollen die übrigen 24 Mitgliedsstaaten zukünftig noch tiefer in die deutsche Staatskasse langen. Werden die jetzt vorgelegten Pläne der EU-Kommission Realität, dann wird der deutsche Bruttobeitrag zwischen 2007 und 2013 um weitere 14 Mrd. Euro auf dann 36 Mrd. Euro explodieren! Mit den zusätzlichen Geldern will Brüssel vor allem Landwirtschaft und Infrastruktur in den 10 neuen Beitrittsländern Osteuropas sowie den „Armenhäusern“ Rumänien und Bulgarien finanzieren, die 2007 ebenfalls zur EU stoßen sollen. Und am Horizont zeichnet sich schon die nächste Beitragserhöhung ab. Denn sollte die wirtschaftlich marode Türkei 2015 tatsächlich Vollmitglied der EU werden, dann wird das die Gemeinschaft nach Schätzungen der Brüsseler Kommission weitere 28 Mrd. Euro pro Jahr kosten – von denen Deutschland nach dem jetzigen Verteilungsschlüssel wiederum knapp ein Viertel oder 6-7 Mrd. Euro zu tragen hätte.

Dabei hatten sowohl Gerhard Schröder als auch Edmund Stoiber im Bundestagswahlkampf 2002 bei jeder sich bietenden Gelegenheit vollmundig verkündet, sich im Falle eines Wahlsieges für eine Senkung der deutschen EU-Zahlungen stark machen zu wollen. Doch das ist ja auch schon wieder zwei Jahre her und passiert ist bis heute nichts. Und das wird wohl auch in Zukunft so bleiben, denn keine der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien hat ein wirkliches Interesse daran, in Brüssel gegen die finanzielle Ungleichbehandlung Deutschlands zu intervenieren. Da wird lieber bei den Menschen im eigenen Land drastisch gespart. „Europa um jeden Preis“, lautet das unausgesprochene Motto der etablierten Parteien – und diese Politik kommt Deutschland teuer zu stehen!

Für die BIW ist klar: Das Finanzgebaren der EU muß endlich auf den Prüfstand, und zwar jetzt und nicht erst auf mittlere Sicht. Die Ausgaben Brüssels sind drastisch zurückzuführen, was letztlich nur gelingen wird, wenn europäische Kompetenzen wieder an die Mitgliedsstaaten zurückgegeben werden und der bürokratische EU-Zentralismus eingedämmt wird. Außerdem ist die EU-Finanzverfassung zu überarbeiten mit dem Ziel, Beitragsgerechtigkeit herzustellen und die großen Nettozahler wie Deutschland zu entlasten. Es kann schlicht nicht angehen, daß immer mehr deutsche Gelder ohne erkennbaren Nutzen in Brüssel versenkt werden, während die Bürger hierzulande durch immer höhere Steuern und Abgaben einerseits und dreiste Sozialkürzungen andererseits geschröpft werden. Und schließlich: Eine Aufnahme der Türkei in die EU darf es auch aus Kostengründen auf keinen Fall geben. Andernfalls droht dem EU-Zahlmeister Deutschland endgültig der finanzielle Kollaps!

Doch nicht nur mit Blick auf die EU gibt sich das Kabinett Schröder generös, wenn es um die Verteilung deutscher Steuergelder an andere Staaten geht. So werden in diesem Jahr allein für Entwicklungshilfemaßnahmen stolze 2,5 Mrd. Euro ausgegeben. Mit mindestens 1,1 Mrd. Euro schlagen die internationalen Kriseneinsätze der Bundeswehr im Kosovo, in Afghanistan, in Eritrea, in Äthiopien und am Horn von Afrika zu Buche. Die konkrete Höhe der Kosten für die Präsenz deutscher Streitkräfte in aller Welt läßt sich nur schwer bestimmen, denn die Mittel kommen aus den Etats verschiedener Ministerien.

Äußerst spendabel zeigte sich Bundeskanzler Schröder auch gegenüber seinem Duzfreund Wladimir Putin, dem er am Rande des G8-Gipfels auf Sea Island versprach, daß sich Deutschland an den Kosten der Verschrottung russischer Atom-U-Boote beteiligen werde. Diese staatsmännische Geste tiefempfundener Freundschaft wird den ohnehin klammen Michel ein weiteres Vermögen kosten: 1,5 Mrd. Euro will Deutschland bis 2012 an den Kreml überweisen (davon 60 Millionen Euro in diesem Jahr), damit der einstmalige Stolz der Roten Flotte endgültig von den Weltmeeren verschwindet.

Für die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO überweist Deutschland immerhin 524 Millionen Euro. Ähnlich hoch fällt der finanzielle Beitrag Deutschlands für die UNO aus, der den Staatshaushalt mit weiteren 521 Millionen Euro belastet. Da sind die 6 Millionen Euro, die 2004 für den Einsatz deutscher Polizisten im Ausland anfallen, bloß noch Peanuts.

+ + +

Mach's gut, Ronald!

Ein Mann, ein Wort: Im Februar diesen Jahres hatte Ronald B. Schill, einstiger politischer Shootingstar und Ex-Innensenator von Hamburg, versprochen, er werde Deutschland für immer den Rücken kehren, sollte seine Pro DM bei den Hamburger Landeswahlen am 29.02. den Einzug in die Bürgerschaft verpassen. So kam es dann auch: Trotz massiver finanzieller Unterstützung durch den Düsseldorfer Börsenbriefmillionär Bolko Hoffmann erreichte die neue Schill-Partei in der Hansestadt gerade einmal 3 % der Stimmen.

Vor etwa zwei Wochen nun hat Schill sein Versprechen wahrgemacht und sich per Flugzeug in Richtung Kuba verabschiedet. Rückkehr (angeblich) abgeschlossen. Schill-Mäzen Hoffmann und die traurigen Reste seiner Pro DM klammern sich derweil noch an die Illusion, mit Schill an der Spitze erfolgreich in eine Hamburger Wiederholungswahl ziehen zu können, die der Finanzspekulant vor Gericht durchdrücken will. Juristen geben dem aber keine Chance.

Mit Ronald B. Schill tritt ein Politiker ab, der noch vor 3 Jahren als der Hoffnungsträger im bürgerlich-konservativen Lager galt. Damals hatte alles so erfolgversprechend begonnen, als der als „Richter Gnadenlos“ in der Presse bekanntgewordene Amtsrichter Schill und die von ihm gegründete Partei Rechtsstaatlicher Offensive im September 2001 erdrutschartig mit 19,4 Prozent der Stimmen in das Hamburger Landesparlament einzog. In einer Koalition mit CDU und FDP wurde Schill Innensenator. Sein Konzept, die eigene Partei als einen neuen demokratischen Bündnispartner der Union in der politischen Landschaft zu positionieren und sich zugleich deutlich vom rechten Rand zu distanzieren, war aufgegangen. Doch die Euphorie währte nicht lang: Parteiinterne Querelen, nicht zuletzt als Folge einer überhasteten bundesweiten Ausdehnung, unerfahrene Funktionäre und das Fehlen einer klaren programmatischen Linie, vor allem aber die charakterlichen Unzulänglichkeiten von Ronald Schill selbst führten schon nach zwei Jahren zum Scheitern des Projektes. Mit der Auflösung der Hamburger Koalition durch CDU-Bürgermeister Ole v. Beust und dem Debakel bei den anschließenden Neuwahlen waren die politischen Träume einer neuen demokratischen Rechtspartei in Deutschland bis auf weiteres ausgeträumt.

Schill ist weg. Und seine einst so erfolgreiche Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die heute unter der Bezeichnung „Offensive D“ firmiert, ist unter ihrem neuen Vorsitzenden Markus Wagner zu einer bedeutungslosen Splittergruppe verkommen, die bei Wahlen regelmäßig schon an der 0,5 %-Marke strauchelt. Mit seinem Versuch, die Partei zu einem deutschen Ableger der FPÖ umzufunktionieren, hat Wagner die „Offensive“ in eine Sackgasse geführt, in der sie zwischen der bürgerlichen Union und den rechtsextremen Kleinparteien zerrieben wird. Und auch wenn sich die neue Führungsriege öffentlich immer wieder gerne auf den Gründervater beruft, hat man sich auf dem Weg nach Rechtsaußen längst vom politischen Erfolgskonzept Schills verabschiedet. So wird es denn nur noch eine Frage der Zeit sein, bis auch die „Offensive D“ von der politischen Bildfläche in Deutschland verschwindet.

+ + +

Wasser predigen und Wein trinken...

... eine Devise, der auch der grüne Linksaußen und Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) folgt. Ausgerechnet Trittin, der schon seit Jahren medienwirksam den Umstieg auf umweltfreundliche Fahrzeuge propagiert und Otto-Normalverbraucher mit der unverschämten Öko-

steuer traktiert, läßt sich selbst und seine Führungskräfte in benzinfressenden Nobelkarossen durch Deutschland kutschieren.

Als Minister ist Trittin in einem Audi A 8 4,2 quattro L (310 PS, Spitze 250 km/h, Grundpreis: 80.400 €) unterwegs. Seinen Staatssekretären Rainer Baaske, Margareta Wolf und Simone Probst stehen ein Mercedes S 430 (279 PS, Grundpreis: 65.450 €) und zwei BMW 735 i (272 PS, 57.500 €) zur Verfügung. Im Berliner Stadtverkehr verbrauchen diese Dienstwagen satte 15 bis 17,5 Liter Superbenzin auf 100 Kilometer! Natürlich müssen weder Trittin noch seine Mitarbeiter für die Spritkosten aufkommen, das tut ja schon der brave Steuerzahler. Und zahlt bei dieser Gelegenheit auch gleich die 65,45 Cent mit, die der deutsche Fiskus hierzulande bei jedem Liter Benzin abkassiert.

Auch Trittins Kabinettskollegen in der Bundesregierung denken offenbar nicht daran, auf verbrauchsärmere Fahrzeuge umzusteigen und damit Steuergelder zu sparen. Ganz im Gegenteil: Im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages setzten die Sozialdemokraten kürzlich durch, daß die bisher geltende Leistungsobergrenze von 238 PS für die Dienstwagen von Staatssekretären abgeschafft wird. Na dann, gute Fahrt!

+ + +

Berliner Volksbegehren geht in die entscheidende Runde

Das von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) initiierte Volksbegehren zur Abwahl des rot-roten Senats in Berlin geht in die entscheidende Runde: Über 45.000 Unterschriften liegen der größten deutschen Polizeigewerkschaft bereits vor. Um die erste wichtige Hürde auf dem Weg zu einer neuen Berliner Landesregierung zu nehmen, werden jetzt nur noch 5.000 weitere Unterstützer benötigt!

Die BIW haben das Volksbegehren von Anfang an unterstützt und bereits zahlreiche Unterschriften gesammelt. Die Gewerkschaft der Polizei zeigte sich denn auch erfreut über das Engagement der BÜRGER IN WUT und die gute Zusammenarbeit beider Organisationen. In einem Telefonat sicherte der BIW-Vorsitzende Jan Timke dem Berliner Landesvorsitzenden des GdP, Eberhard Schönberger, zu, daß sich die BÜRGER IN WUT auch weiterhin an vorderster Front an der Aktion beteiligen werden. Bekräftigt wurde auch das gemeinsame politische Ziel: Der rot-rote Senat in Berlin muß weg!

Interessierte Bürger mit Hauptwohnsitz Berlin können Unterschriftenlisten kostenlos bei der BIW-Geschäftsstelle anfordern.

+ + +

BIW-Informationen per Post

Neben diesem E-Mail-Newsletter versenden die BIW in regelmäßigen Abständen auch Informationen mit der Post. Wenn Sie auch in diesen Verteiler aufgenommen werden möchten, dann senden Sie uns bitte eine kurze Nachricht mit Ihrer vollständigen Anschrift an info@buerger-in-wut.de

+ + +

Bundesregierung reagiert auf Anfrage der BIW

Im Juli 2004 haben die BIW das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung um schriftliche Auskunft in bezug auf die Verwendung von Claudia Roth (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) in der Funktion als Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung gebeten (siehe „BIW-Aktuell“, Ausgabe 03/2004). Wir wollten u.a. wissen, ob es eine öffentliche Ausschreibung für die Stelle gab und die Vergabe nach den üblichen Kriterien (Eignung, Leistung, Befähigung) erfolgte. Außerdem interessierte uns, welcher Besoldungsgruppe die Position der Menschenrechtsbeauftragten zugeordnet ist.

Auf beide Fragen haben die BIW nun Antworten der Bundesregierung erhalten: *„(...) Die Entscheidung, Frau Roth mit dem Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt zu betrauen, wurde vom Bundeskabinett auf Vorschlag des Bundesministers des Auswärtigen gefällt. Frau Roth erfüllt ihre Tätigkeit als Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt ehrenamtlich.(...)“*

Wirklich zufrieden sind wir mit diesen Auskünften allerdings nicht. Offen bleibt vor allem, ob bei der Berufung von Frau Roth als Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung die sonst üblichen Kriterien Eignung, Leistung und Befähigung in irgendeiner Form eine Rolle gespielt haben. Denn auch wenn die GRÜNEN-Politikerin ihre neue Funktion ehrenamtlich und damit im üblichen Wortsinn unentgeltlich ausübt, darf die Frage der persönlichen Kompetenz nicht außen vor bleiben. Das gilt um so mehr als die regierungsamtliche Menschenrechtsbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland und ihr Tun den kritischen Blicken der Weltöffentlichkeit ausgesetzt ist. Interessant zu wissen wäre auch, welche Kosten mit dieser Position jenseits einer unmittelbaren Vergütung für Frau Roth verbunden sind, etwa für Büro, Personal und Reisespesen.

Die BIW werden sich mit den bisherigen Antworten der Bundesregierung jedenfalls nicht zufrieden geben und weiter am Ball bleiben. Denn die BÜRGER IN WUT sind eben nicht nur eine politische Wählervereinigung, sondern verstehen sich auch als ein außerparlamentarisches Kontrollorgan für die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

+ + +

Helfen Sie den BIW!

Sie möchten die Arbeit der BIW finanziell unterstützen? Dann überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Konto-Nr. 1146 7677 bei der Sparkasse Bremen, Bankleitzahl 290 501 01 (Verwendungszweck: Spende). Sie erhalten sofort nach Eingang Ihres Geldes eine Spendenbescheinigung, die steuerlich voll abzugsfähig ist und bei der nächsten Einkommenssteuererklärung geltend gemacht werden kann.

Wenn Sie bei uns aktiv mitarbeiten wollen, um uns beispielsweise bei der Vorbereitung unserer Aktionen zu unterstützen, dann schreiben Sie uns bitte ebenfalls an und nennen Sie – wenn möglich – Ihre Telefonnummer, damit wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen können.

+ + +

Der gute Tip

Wenn nach einem langen Tag die Füße schwer sind, sie schmerzen und die Fußsohlen brennen oder die Haut verhärtet oder verhornt ist, kann jeder Schritt zur Qual werden.

Durch regelmäßige Fußbäder in Salzwasser lassen sich die Beschwerden deutlich lindern. Man löst dazu etwa eine Handvoll Salz in einer ausreichend großen Schüssel oder Wanne mit warmem Wasser auf und badet darin die Füße für etwa 10 bis 20 Minuten. Das entspannt, kurbelt die Durchblutung an und stimuliert den Stoffwechsel. Die Füße schwellen ab, die Haut wird wieder geschmeidig und schon nach wenigen Tagen wird eine anhaltende Erholung und Regeneration der Füße wohltuend spürbar.

+ + +

Zu guter Letzt

George W. Bush und Tony Blair treffen sich zum Essen mit Gästen im Weißen Haus.

Fragt einer der Gäste: *"Mister Präsident, worüber unterhalten Sie sich denn den ganzen Tag?"*

"Wir planen gerade den 3. Weltkrieg."

"Und wie sieht der aus?"

Bush: *"Wir töten 4 Millionen Moslems und einen Zahnarzt..."*

Der Gast schaut etwas verwirrt: *"Wieso einen Zahnarzt?"*

Tony Blair klopf Bush auf die Schulter und meint: *"Was habe ich dir gesagt, George? Keiner wird nach den Moslems fragen ..."*

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: info@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.